

# **Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V.**

(548.) Protokoll über die Arbeitssitzung am 10. Oktober 2014

Anwesend: **Balharek**, Christa, Karlsruhe; **Börner**, Michael, Karlsruhe; **Broeker**, Gudrun, Karlsruhe; **Gutjahr**, Margot, Karlsruhe; **Gutjahr**, Rainer, Karlsruhe; **Herrbach-Schmidt**, Dr. Brigitte, Karlsruhe; **Kaiser**, Ole, Karlsruhe; **Kitzing**, Michael, Singen; **Krimm**, Prof. Dr. Konrad, Karlsruhe; **Lindemann**, Klaus, E.R., Karlsruhe; **Mengel**, Iris, Mühlacker; **Roellecke**, Elga, Karlsruhe; **Schnappinger**, Elisabeth, Karlsruhe; **Seiler**, Prof. Dr. Gerhard, Karlsruhe; **Stober**, Johannes MdL, Karlsruhe.

Vortrag von **Michael Kitzing**, Singen

über

## **Alex Möller - Sachwalter Nordbadens im Stuttgarter Landtag**

### **Einleitung**

Am 11. März 1952 wandte sich der Betriebsrat des Badischen Statistischen Landesamtes mit einem dringenden Hilfsersuchen an den SPD-Fraktionsvorsitzenden und Vorsitzenden des Finanzausschusses im Landtag Baden-Württembergs, Alex Möller: Ausgangspunkt war die im Zusammenhang mit der Gründung des Südweststaates zu erwartende Auflösung der bislang bestehenden vier statistischen Landesämter in Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen, an deren Stelle eine zentrale Behörde für das gesamte Land treten sollte. Dabei stand aus Sicht der Mitarbeiter des Badischen Statistischen Landesamtes in Karlsruhe zu befürchten, dass diese ihren Sitz in Stuttgart nehmen werde. Möller als Abgeordneter des Karlsruher Wahlkreises sollten die Folgen einer Auflösung des Badischen Statistischen Landesamtes in nachdrücklichen Worten vor Augen geführt werden, wobei zugleich die Notwendigkeit der Schaffung eines Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg mit Sitz in Karlsruhe deutlich gemacht wurde: *„Nach Karlsruhe müssen daher, wenn nicht die überaus große Arbeitslosigkeit unter den Angestellten noch größer werden soll, Landesbehörden – Zentrale Mittelstellen – verlegt werden, die einen ins Gewicht fallenden Personalbestand haben. Eine solche Behörde wäre das neue Statistische Landesamt, das ... normal etwa 500 Personen beschäftigen wird, bei immer wieder anfallenden*

*Sonderzählungen, zeitlich begrenzt, entsprechend mehr.* Beispielsweise würden bei jeder Volkszählung nochmals bis zu 500 weitere Personen beschäftigt. Aufgrund des erheblichen Verschleißes an Büromaterialien, so wurde weiter argumentiert, würden auch Einzelhandel und örtliches Druckereigewerbe vom Verbleib eines Statistischen Landesamtes in Karlsruhe in erheblichem Maß profitieren. Als weitere Argumente wurden Möller zudem die lange Tradition der Behörde in Erinnerung gerufen sowie deren zahlreiche anerkannte Publikationen. Schließlich berief man sich darauf, dass in Karlsruhe aufgrund des Verlustes der Hauptstadtfunktion eine Vielzahl an Wohnungen für Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes frei stand. Mit Nachdruck wurde zuletzt noch darauf hingewiesen, das Statistische Landesamt müsse keineswegs am Sitz von Regierung und Landtag beheimatet sein, schließlich befinde sich das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems, das Statistische Bundesamt in Wiesbaden – Biebrich. Wie von selbst kam die Denkschrift zu dem Schluss: *„Werden schon Landtag und Ministerien in der neuen Landeshauptstadt – Stuttgart – ihren Sitz haben, dann gebietet die Staatsraison, dass zentrale Mittelstellen in das Land – und neben anderen Mittelstellen, vor allem das Statistische Landesamt – nach Karlsruhe verlegt werden.* Die in diesem Schreiben an Möller artikulierten Sorgen stehen stellvertretend für die Ängste und zugleich Wünsche, die im badischen Landesteil, speziell in der ehemaligen Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, im Umfeld der Diskussion um die territoriale Neugliederung des deutschen Südwesten und auch in den ersten Jahren nach der Gründung des Landes Baden-Württemberg artikuliert wurden.

Nirgends außerhalb Südbadens war die Diskussion um die Südweststaatsgründung in den Jahren 1948-51 derart scharf geführt worden wie in Karlsruhe: Dabei prallten die Altbadener um Adolf Kühn und Friedrich Werber auf der einen Seite, sowie die Südweststaatsanhänger um Hermann Veit und Alex Möller andererseits frontal aufeinander. So appellierten Werber und Kühn in einer leidenschaftlich emotionalen Argumentation an die badische Tradition und hoben hervor, dass es Württemberg vor allem darum gehe, die natürlichen Ressourcen des Landes Baden zu gewinnen (Wasserkraft), gleichzeitig wolle man jedoch die Badener auf den Stand von Heloten herabdrücken. Demgegenüber hoben Möller und Veit in einem betont sachlich – nüchternen Argumentationsstil vor allem den wirtschaftlichen Nutzen eines Zusammenschlusses der beiden südwestdeutschen Bundesländer hervor. Allein, so Möller, könne Baden kaum überleben, das Land Südbaden müsse ohnehin zu Buchhaltertricks greifen, um zu einem auch nur einigermaßen ausgeglichenen Haushalt zu gelangen. Durch die Gründung eines Südweststaates könne Karlsruhe

nur profitieren, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch auf kulturellem Gebiet würde ein neu gegründetes Land Baden-Württemberg überaus leistungsfähig sein.

Zwar stimmte im Dezember 1951 die Mehrheit der Karlsruher Bevölkerung gegen die Südweststaatsgründung, blieb damit aber innerhalb Nordbadens in der Minderheit, so dass die Zustimmung in diesem Landesteil letztlich den Ausschlag für die Gründung des Landes Baden-Württemberg gab. Für die Zukunft sah sich Alex Möller damit einem erheblichen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt, galt es doch nunmehr „sich“ – salopp gesprochen – „ins Zeug zu legen“ und die Richtigkeit seiner Argumentation unter Beweis zu stellen.

Auf welchen Feldern hat sich Möller in seiner Tätigkeit als Karlsruher Wahlkreisabgeordneter nunmehr für die Belange seiner Heimatregion engagiert, welche Schwerpunkte hat er hierbei gesetzt und inwiefern ist es gelungen, den Fortbestand wichtiger wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Institutionen Karlsruhes innerhalb des Südweststaates zu garantieren, ja sogar möglicherweise neue zu schaffen? Neben die Erörterung des „Standortes“ Karlsruhe im Südweststaat tritt die Frage, inwiefern es Möller bei seinem Eintreten für die Belange Nordbadens gelungen ist, seine Tätigkeit als Wahlkreisabgeordneter mit seinem darüber hinausreichenden Engagement auf anderen Feldern in der Privatwirtschaft, insbesondere als Generaldirektor der Karlsruher Lebensversicherung, zu verbinden.

### **1) „Karlsruhe bleibt Kulturzentrum“ – Möllers Engagement um die Rettung des Badischen Staatstheaters**

Bei der Verabschiedung von Oberbürgermeister Hermann Veit und der Amtseinführung von dessen Nachfolger, Friedrich Töpfer, definierte Bürgermeister Friedolin Heurich eine dreifache Zielperspektive für die vormalige badische Landeshauptstadt. Karlsruhe, so Heurich im Jahr 1947, müsse in gleicher Weise Beamtenstadt, aber auch Industriestandort und schließlich Sitz kultureller Institutionen sein. Diese dreifache Zielsetzung findet sich auch im Wirken Möllers für seinen Wahlkreis wieder, der Schwerpunkt sollte jedoch ganz klar im kulturellen wie auch

wissenschaftlichen Bereich liegen, der sich zugleich mit dem Eintreten für soziale Belange verband.

Die ersten Nachkriegsjahre waren in Karlsruhe vor allem durch das Bemühen gekennzeichnet, möglichst viele Bundes- und Landesinstitutionen innerhalb der Stadt anzusiedeln – allen voran freilich die Bundesgerichte. Auch hieran hat sich Möller beteiligt. Selbstverständlich hat er sich die Anliegen des Betriebsrates des Statistischen Landesamtes zu Eigen gemacht, in diesem Fall jedoch ohne Erfolg. Dagegen hat Möller maßgeblich zum Umzug der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder nach Karlsruhe beigetragen. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet hat Möller selbst als Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor der Karlsruher Lebensversicherung vor Ort investiert: Sein Betrieb verfügte bereits knapp 10 Jahre nach Kriegsende über 4100 haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter, im neu errichteten Firmenhochhaus am Scholl-Platz wurde bereits zu diesem Zeitpunkt ein Betriebskapital von knapp einer Milliarde DM verwaltet. Zudem hat sich Möller in ganz erheblichem Maße für die Ansiedlung der Firma Michelin in Karlsruhe stark gemacht.

Trotz dieser weitgehend erfolgreichen Bemühungen um die Ansiedlung von Behörden und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Karlsruhe hat sich Möller jedoch von Beginn an auf die Förderung des kulturellen Sektors konzentriert, wobei besonders das badische Staatstheater in den ersten Nachkriegsjahren dringend auf Unterstützung angewiesen war.

Dieses war während des Zweiten Weltkrieges vollständig zerstört worden, die Schauspieler in Folge der Kriegereignisse zunächst einmal zerstreut. In dieser Situation war es der bisherige stellvertretende Intendant Hans Herbert Michels, der sich gleichwohl erfolgreich darum bemühte, auf einen möglichst baldigen Wiederbeginn des Spielbetriebs zu drängen. Schon am 9. Mai 1945 hatte er eine entsprechende Denkschrift ausgearbeitet und dem ersten Nachkriegsoberbürgermeister der Stadt Karlsruhe überreicht. Freilich war zu diesem Zeitpunkt noch nicht ansatzweise an die Aufstellung eines Wirtschaftsplanes sowie eines kompletten Spielplanes zu denken. Da jedoch täglich mit der Rückkehr von Mitgliedern des Ensembles zu rechnen war, sollten zumindest kleinere Stücke heiteren und ernsten Charakters gegeben werden. Noch für den Herbst des Jahres 1945 wurde an eine Wiederaufnahme des Spielbetriebs mit Hugo v. Hoffmannsthal's „Jedermann“ gedacht. Michels gelang es auch tatsächlich, das Städtische Konzerthaus als neue Spielstätte zu gewinnen, genauso wie erste kleinere Aufführungen vor

französischen Besatzungsoffizieren gegeben wurden. Jedoch zeigte die badische Kultusverwaltung wenig Interesse für die Belange des Badischen Staatstheaters und legte den Schauspielern die Suche nach neuen Engagements nahe, Vorstellungen vor der Besatzungsmacht wurden gleichsam als Privatangelegenheit abgetan, zudem verwies man auf das noch immer bestehende Verbot öffentlicher Vorstellungen seitens der Franzosen.

Eine grundlegend neue Situation entstand erst mit der Räumung Karlsruhes durch die Franzosen und dem Übergang der Stadt in die amerikanische Besatzungszone. Der zuständige amerikanische Kontrolloffizier Clifton Lisle stand dem Badischen Staatstheater durchaus wohlwollend gegenüber, anders als die badische Kultusverwaltung, die weiterhin Vorbehalte pflegte. Gleichwohl konnte noch im August 1945 ein erstes Symphoniekonzert (Beethovens V.) in Anwesenheit von Oberbürgermeister Hermann Veit gegeben werden, der in euphorischen Worten die Arbeit des Theaters lobte. Genauso erfolgte ab dem 27. Oktober, wie geplant, die Eröffnung der Spielzeit 1945/46.

In Gefahr geriet die Arbeit des Staatstheaters jedoch nach einem Wechsel auf dem Posten des amerikanischen Theater-Kontrolloffiziers. An die Stelle von Clifton Lisle trat ein gewisser Mister Sherman, dessen Haltung von überaus großen Vorurteilen gegenüber Intendant Michels gekennzeichnet war. Letzterem sollte ein Stellvertreter aufgezwungen werden, zugleich ließ Sherman den Intendanten wissen, das Badische Staatstheater sei verstaubt und rückständig. Die Auseinandersetzung zwischen Sherman und Michels spitzte sich zu, als seitens der Amerikaner der Aufbau einer Konkurrenz Bühne in Durchlach unterstützt wurde, zur Eskalation kam es schließlich, als Michels Intrigen gegen die Militärregierung und vorsätzliche Täuschung bei der Durchführung der Entnazifizierung vorgeworfen wurden. Hieraus konnte nur noch die Entlassung Michels folgen.

In den nächsten drei Jahren musste man beim Badischen Staatstheater von einer notorischen Intendantenkrise sprechen, insgesamt sieben Mal wurde ein Wechsel auf dieser Position vollzogen. Dabei spielten häufig Differenzen mit der amerikanischen Besatzungsmacht eine wesentliche Rolle. Freilich litt auch darüber hinaus das Badische Staatstheater unter den inflatorischen Entwicklungen der Nachkriegszeit, genauso wie die Raumkapazitäten mehr als beengt waren. Sicherlich war es ein Verdienst von Intendant Michels, alle fünf Spielgattungen (Oper, Operette, Ballett, Schauspiel und Orchester) aufrechterhalten zu haben, doch bot das

Städtische Konzerthaus gerade bei Proben im Grunde viel zu wenig Raum. Schließlich litt *„die Spielzeiteröffnung 1948/49 unter den Folgen der Währungsreform. Nur mit gedämpftem Optimismus wagte man, an die Arbeit zu gehen. Spürbare Preissenkungen sollten zwar dem Publikum den Zugang zu Theater und Konzert erleichtern, doch es wurden ständig Sparmaßnahmen diktiert, Gagenkürzungen vorgenommen und die Periode der vorsorglichen Massenkündigungen setzte ein.“* Mit dieser Situation wollte sich Intendant Hanns Schulz-Dornburg sowohl aus künstlerischen wie sozialen Erwägungen nicht abfinden und legte sein Amt nieder. Somit war im Jahr 1948 sicherlich nicht vom künstlerischen, wohl aber vom finanziell-organisatorischen Standpunkt her ein Tiefpunkt in der Entwicklung des Hauses erreicht.

In dieser Situation war es Möller, der die Anregung zur Gründung der „Gesellschaft der Freunde des Badischen Staatstheaters“ gab und zugleich deren Gründungsvorsitz übernahm. Einerseits setzte mit der Gründung der Gesellschaft der Freunde des Badischen Staatstheaters eine gezielte Werbeoffensive ein, die der Bevölkerung die Tradition und die Bedeutung des Badischen Staatstheaters ins Bewusstsein rufen sollte. In diesem Sinne wurde trotz der wirtschaftlichen Not des Jahres 1948 zum regen Besuch des Staatstheaters aufgerufen. Andererseits warb Möller offensiv um Mitglieder, der Jahresbeitrag der Gesellschaft betrug 12,00 DM. Freilich war es außerdem das Ziel Möllers, Kontakte zwischen Theater, Kommunalpolitik, angesehenen Privatpersönlichkeiten und Firmen zu vermitteln, die noch weit höhere Summen spendeten. Im Zusammenspiel mit dem Staatstheater organisierte man schließlich Vorträge, Musikabende und Matineen. Aus diesen heraus entwickelte sich das Rosenfest, das Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre zum zeitweilig populärsten Karlsruher Volksfest aufsteigen sollte.

Der Erfolg dieser an sich recht einfachen Maßnahmen kann als durchschlagend bezeichnet werden. Bereits im März 1950 konnte Möller den Mitgliedern die Auflösung der „Freunde des Badischen Staatstheaters“ nahe legen, da diese ihre selbst gesetzte Aufgabe, die finanzielle Lage des Staatstheaters zu konsolidieren, bewältigt hatten.

Freilich war Möller auch darüber hinaus sowohl im Landtag von Württemberg-Baden als auch Baden-Württemberg ein zuverlässiger Sachwalter der Interessen des Badischen Staatstheaters. Dies war auch zwingend erforderlich, da am Beginn der fünfziger Jahre die Förderung von Kunst und Kultur noch keineswegs einhellig Beifall fand.

Nach dem Zerfall der Allparteienregierung im Dezember 1950 waren es schließlich die Oppositionsparteien DG/BHE und CDU, die massive Kritik an der Förderung des Badischen Staatstheaters übten. Insbesondere der ehemalige badische Finanzminister Wilhelm Mattes (DG/BHE) attackierte die aus seiner Sicht völlig überzogene Subventionierung des Badischen Staatstheaters: Dieses trage sich zu wenig aus eigenen Einnahmen und sei im Vergleich zu den Städtischen Bühnen völlig übersubventioniert, zudem schickte Mattes noch eine scharfe Polemik wegen angeblich überzogener Gehaltsforderungen des Intendanten und zu hoher Ausgaben für Dienstwägen hinterher.

In einer äußerst emotional geführten Debatte musste Mattes sich durch Möller schließlich maßregeln lassen, dass man Kulturpolitik nicht mit dem Rotstift führen dürfe. Über die hohe Bedeutung des Staatstheaters, so Möller, müsse er Mattes als ehemaligen badischen Finanzminister ja an sich keine Vorträge halten, habe doch auch dieser in den Jahren 1931-33 das Staatstheater mit jährlich 500.000 Reichsmark unterstützt. In diesem Sinne wurde auch der Vorwurf einer übermäßigen Subventionierung des Staatstheaters als Konstruktion des BHE-Abgeordneten zurückgewiesen.

Tatsächlich fällt freilich ins Auge, in welchem hohem Maß sich das Badische Staatstheater der Protektion des Finanzausschusses erfreuen konnte. Dieses wurde jährlich mit fast 890.000 DM unterstützt, das Mannheimer Nationaltheater erhielt demgegenüber lediglich 250.000 DM, die Städtischen Bühnen in Heidelberg und Pforzheim mussten sich mit 110.000 DM begnügen. Dies war nur möglich, da Möller im Zusammenspiel mit Hermann Veit sorgsam darauf achtete, den Kontakt des Badischen Staatstheaters zur Regierung stets aufrecht zu erhalten und immer wieder nachdrücklich auf dessen Belange hinzuweisen.

Bereits zwei Tage nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition in Württemberg-Baden im Jahr 1951 wurden der neu ernannte Finanzminister Karl Frank (FDP) und Kultusminister Gotthilf Schenkel (SPD) nach Karlsruhe eingeladen, um sich dort im Rahmen einer Othello-Aufführung ein Bild vom künstlerischen Stand des Badischen Staatstheaters zu machen. Fast schon apodiktisch stellten Veit und Möller nach der Aufführung im Rahmen einer Pressekonferenz fest, *„dass man gleich nach dem Zusammenbruch tatkräftig an den Wiederaufbau des Theaters gegangen sei. Heute könne man sagen, dass der Ruf des Staatstheaters dem in der Vergangenheit nicht viel nachstünde. Es sei nicht so, dass Karlsruhe vergessen sei, im Gegenteil.“* Als Bilanz der

Pressekonferenz konnte Möller schließlich festhalten, dass der Finanzausschuss bei entsprechender Unterstützung auch des Stadtrates für das Staatstheater es an einer großzügig bemessenen Subvention nicht scheitern lassen werde, womit die Zukunft des Badischen Landestheaters auch unter der neuen sozial-liberalen Landesregierung als gesichert angesehen werden konnte.

## **2) Engagement auf dem Gebiet der Wissenschafts- und Sozialpolitik: Alex Möller und die TH Karlsruhe**

Wie das Badische Landestheater, so musste auch die Technische Hochschule Karlsruhe in den ersten Nachkriegsjahren um ihr Überleben als eigenständige Institution kämpfen. In Folge der Kriegseinwirkungen und der daraus resultierenden Zerstörungen wurden einerseits Überlegungen angestellt, die Hochschule nach Ettlingen zu verlegen, andererseits war eine Anlehnung der TH Karlsruhe an die Universität Heidelberg angedacht. Schließlich wurden sogar Gedankenspiele über eine Fusion der Technischen Hochschule Karlsruhe mit der Schwesterinstitution in Stuttgart angestellt – die Gründung einer „TH Karlsruhe-Stuttgart“ hätte freilich den Abzug zahlreicher Fakultäten aus der ehemaligen badischen Residenzstadt bedeutet.

Bereits in den ersten Nachkriegsjahren hat sich Möller mit großem Nachdruck innerhalb des Finanzausschusses für die Belange der TH Karlsruhe eingesetzt, exemplarisch belegt dies ein Telegramm des Weinheimer Fabrikanten Hans Freudenberg (zugleich Ehrensenator der TH Karlsruhe), der Möller im Mai 1949 überschwänglich dafür dankte, dass es ihm gelungen sei, einen Etat von einer Million DM im Finanzausschuss für die TH Karlsruhe „herauszuholen“. Freilich dürfe diese Million erst der Anfang sein, so dass Freudenberg die weitere Marschrichtung klarstellte: *„Dass wir, d.h. die Direktoren und ich uns verpflichtet fühlen, auf dem begonnenen Wege weiterzumachen, ist selbstverständlich. Wir dürfen jetzt nicht ruhen, bis die Hochschulen wieder aufgebaut sind und hoffen, dass die an dem Plan fehlenden je 2 Millionen uns in irgendeiner Form noch zugesprochen werden können.“*

Bereits zwei Jahre später erfolgte die Ernennung Möllers zum Ehrensensator der Universität Karlsruhe, 1953 schließlich die Ehrenpromotion zum Dr. Ing. e. h. der Fakultät für Bauwesen. Dabei dürfte Möller sehr schnell deutlich geworden sein, dass beide Auszeichnungen vielmehr einer Verpflichtung denn einer Ehrung gleichkamen. Bereits in einer der ersten Sitzungen des Kuratorial – Ausschusses des Ehrensentes am 3. April 1951 wurde Möller mit einer umfassenden Zusammenstellung aller Wiederaufbaufragen der Hochschule vertraut gemacht und zugleich noch auf eine ganze Reihe von Anliegen der Hochschule mit großem Nachdruck hingewiesen. Möller erhielt einen regelrechten Wunschzettel, auf dessen Erfüllung dringend hingearbeitet werden sollte. Im Mittelpunkt der Sorge stand am Anfang der fünfziger Jahre vor allem der Neubau eines Physiklehrsaales. Hierfür konnten 1952 650.000 DM bereitgestellt werden. Dabei sollte ursprünglich die ehemalige Reithalle der Westhochschule (Telegrafenkaserne) umgebaut werden. Doch musste die Hochschulverwaltung schnell erkennen, dass sich die Umbaupläne als recht unzureichend erwiesen, genauso nahm man schließlich davon Abstand, verstärkt in die Westhochschule zu investieren, da diese als ehemalige Kaserne der dauernden Gefährdung einer Beschlagnahme ausgesetzt sei. Nunmehr wurde an einen entsprechenden Neubau des Physikhörsaals auf dem Gelände der Osthochschule gedacht, für den jedoch ein Betrag von 1,6 Millionen DM benötigt wurde. Möllers Aufgabe sollte es sein, die Freigabe der bereits zugesagten 650.000 DM sicher zu stellen und sich schließlich auch für die Bewilligung der Restsumme einzusetzen.

In gleicher Weise wurde Möller mit den Wünschen der Bibliothek konfrontiert, wobei das Möller überreichte Gutachten auf die übermäßigen Kriegszerstörungen hinwies und darüber hinaus abschließend zu dem Urteil kam, die TH Karlsruhe könne innerhalb der Bundesrepublik in die Gruppe der überaus schlecht dotierten Bibliotheken eingeordnet werden. Folglich müsse für die nächsten Haushaltsberatungen ein Bibliotheksetat von 60.000 DM veranschlagt werden – an sich benötigt würden sogar 93.000 DM.

Tatsächlich erwies sich Möller als gleichermaßen gewissenhafter und zuverlässiger Sachverwalter, der die Interessen der Technischen Hochschule überaus erfolgreich vertrat. Zum Jahresende 1953 konnte er dem Rektor der TH Karlsruhe, Prof. Dr. Haupt, mitteilen, dass es ihm nicht nur geglückt war, die Wünsche der TH Karlsruhe zu berücksichtigen, sondern bei den Beratungen des Haushaltsansatzes für die TH Karlsruhe für das Jahr 1953 im Finanzausschuss noch eine Reihe von Verbesserungen durchzusetzen; u. a. war es ihm gelungen, noch eine Professur für

Experimentalphysik sowie eine Aufwertung des bisherigen Extraordinariats für Baustatistik zu einem vollwertigen Lehrstuhl zu erreichen. Daneben traten eine Erhöhung von Reisekostenzuschüssen sowie des Etats des Instituts für Elektrotechnik. Zuletzt wurde auf Wunsch Möllers noch ein Posten von 50.000 DM für die Ausstattung des Kesselhauses in den Etat für das kommende Jahr eingefügt.

Bilanziert man Möllers Eintreten für die Belange der Universität Karlsruhe, so lässt sich feststellen, dass er von der finanziellen Seite in den Jahren bis 1960 gleichsam der „Architekt des Wiederaufbaus“ wurde. Nahezu alle Um-, Aus- und Neubauten während des Gründungsjahrzehnts des Landes Baden-Württemberg an der Technischen Hochschule Karlsruhe wären ohne das Engagement Möllers schwer vorstellbar gewesen, genauso wie Möller sich auch für eine Aufstockung des Personals und die Schaffung zahlreicher Institute an der Universität einsetzte.

Das Eintreten Möllers für die Belange der TH Karlsruhe konnte auch von den anderen Karlsruher Bundes- bzw. Landtagsabgeordneten erwartet werden, eine besondere Note bekam Möllers Engagement für die TH Karlsruhe jedoch durch die starke soziale Komponente: Wiederholt hatte Möller die soziale Verpflichtung der Lebensversicherer betont und sein politisches Handeln unter die Devise gestellt, dass es ihm persönlich gelungen sei, die soziale Frage für sich zu lösen und dass es nunmehr seine Verpflichtung sei, an der Lösung der sozialen Frage insgesamt mitzuwirken – ein Argument, mit dem Möller auch kritische Bemerkungen der Studenten auf den vermeintlichen Zwiespalt zwischen seiner Position als Generaldirektor eines Lebensversicherers einerseits und Mitglied der Sozialdemokratie andererseits zu kontern pflegte. Tatsächlich ist Möller der selbst gestellten sozialen Verantwortung bei seinem Eintreten für Belange der Studenten an der TH Karlsruhe in sehr weitreichendem Maße nachgekommen. Bereits 1953 spendete die Karlsruher Lebensversicherung 5000 DM für die Architekturabteilung der Bibliothek, im gleichen Jahr wurde zudem erstmals eine in den folgenden Jahren dauerhafte Spende in Höhe von 2500 DM eingerichtet. Diese diente als Preisgeld für gelungene Diplom- und Doktorarbeiten oder als Stipendium für begabte aber mittellose Studenten. Im Jahr 1957 stellte Möller, in diesem Fall sogar aus persönlichen Mitteln, 1500 DM zur Finanzierung einer Exkursion der Fachschaft Architektur zu einer Baumesse in Berlin zur Verfügung. Zu einer regelmäßigen

Institution wurde ab 1953 zudem der Mittagstisch für 20 Studenten der Volkswirtschaft in der Mensa der KLV.

Das freilich spektakulärste von Möller im Umfeld der TH Karlsruhe initiierte Projekt bildete der Bau eines Studentenwohnheimes durch die Karlsruher Lebensversicherung in den Jahren 1958-1961 – es handelt sich dabei um das erste rein aus Privatmitteln finanzierte Projekt dieser Art.

Vorausgegangen war ein aufrüttelnder Bericht in der Badischen Volkszeitung vom 25. Oktober 1958, in dem das katholisch geprägte Blatt auf die nicht mehr tragbare Wohnsituation der Studenten an den badischen Universitäten hingewiesen hatte. Insbesondere die Lage in Heidelberg wurde in überaus grellen Farben nachgezeichnet. Von 8300 Studenten seien gerade einmal 507 in Wohnheimen untergebracht, wogegen in Heidelberg 9000 Wohnungssuchende registriert seien. Über 1300 Studenten müssten bereits nach auswärts pendeln, während sich die anderen einem hemmungslosen Mietwucher ausgesetzt sehen würden. So wusste die Badische Volkszeitung davon zu berichten, dass für kleinste Dachkammern Mietpreise von 100 DM verlangt würden, ja private Vermieter innerhalb kürzester Zeit die Mietpreise um 30 DM erhöht hätten.

Vor allem in zweierlei Hinsicht erschien der Badischen Volkszeitung die Wohnsituation der Studenten alarmierend: Gerade junge Ostzonenflüchtlinge, die nunmehr in Westdeutschland studieren wollten, könnten sich angesichts des Mietwuchers nicht dem Gedanken entziehen, dass an der sowjetischen Propaganda gegen das kapitalistische System offenbar „doch etwas dran“ sei. In gleicher Weise ergebe sich ein überaus ungünstiges Bild gegenüber den Staaten der Dritten Welt: Wenn diese ihre hoffnungsvollsten jungen Leute in Deutschland studieren ließen, so würden diese in ihren Erwartungen gegenüber Deutschland mehr als enttäuscht. Häufig würden sie nicht nur finanziell durch die hohen Mietpreise ausgebeutet, sondern man trete ihnen noch mit unterschwelligem Rassismus entgegen.

Kritisierte die Badische Volkszeitung diese zutiefst unchristliche Haltung, so hatte sie ein gesellschaftlich relevantes Problem aufgegriffen, war doch im November 1958, wenige Tage nach der Veröffentlichung der Badischen Volkszeitung, ein Memorandum des Deutschen Studentenwerkes e. V. veröffentlicht worden. Auch hier war auf das massive Ansteigen der Studentenzahlen seit 1948 hingewiesen worden: Habe früher eine große Universität kaum mehr als 5000 bis 6000 Studenten umfasst, so würden heute an zahlreichen Universitäten mehr als 10000 Studenten registriert. Seitens des Studentenwerks wurde gefordert, dass nicht, wie aktuell,

lediglich 9% aller Studenten, sondern ein knappes Drittel in Studentenwohnheimen untergebracht werden sollte. Mit anderen Worten: Rund 50.000 Wohnheimplätze sollten geschaffen werden, wofür Finanzmittel in Höhe von 300 Millionen DM benötigt würden.

Durchaus prekär gestaltete sich die Wohnsituation der Studenten in Möllers Heimatstadt Karlsruhe. Zwar bestand hier ein Wohnheim, das am Beginn der fünfziger Jahre gebaut worden war. Jedoch waren bauliche Mängel offensichtlich – und zwar derart offensichtlich, dass der Unterausschuss Bauen des Finanzausschusses im Landtag Baden-Württemberg die vorgesehenen Mittel in Höhe von rund 23.000 DM, die zum weiteren Unterhalt des Studentenwohnheimes dienen sollten, nicht ohne weiteres freigab. Selbst als die Stadt Karlsruhe über Möller versuchte, Druck auf das Kultusministerium wie auch den Unterausschuss Bauen auszuüben, verzögerte sich die Bereitstellung des genannten Betrages weiterhin. Offenbar gab es Kräfte im Unterausschuss Bauen, die das bestehende Karlsruher Studentenwohnheim im Grunde aufgegeben hatten.

Der Artikel der Badischen Volkszeitung bildete für Möller bereits am 27. Oktober 1958 den Anlass, gegenüber den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU, FDP und BHE eine Anfrage an die Landesregierung bezüglich der Wohnsituation von Studenten in Baden-Württemberg zu lancieren. Als Ergebnis dieser Anfrage konnten schon für das kommende Haushaltsjahr 3 Millionen DM aus einem Sonderfond zur Unterstützung des Baus von Studentenwohnheimen zur Verfügung gestellt werden. Doch Möller wollte, wie er später betonen wird, mit eigenem Beispiel voran gehen und selbst einen Beitrag zur Verbesserung der Wohnsituation innerhalb der Studentenschaft leisten. Freilich mussten hierfür zunächst einmal die Voraussetzungen geschaffen werden. Bereits im Dezember 1958 eröffnete Möller einen umfangreichen Briefwechsel mit Finanzminister Karl Frank, an dessen Ende es ihm gelang, drei notwendige Bedingungen für den Bau eines privatwirtschaftlich finanzierten Studentenwohnheimes durchzusetzen: So konnte Möller erreichen, dass die Karlsruher Lebensversicherung bei einer Investition in ein Studentenwohnheim in den Genuss besonderer Abschreibungsmöglichkeiten kam, zudem war sie für zehn Jahre von der Grundsteuer für das zum Bau eines Wohnheimes erworbenen Grundstücks befreit, zuletzt gelang es Möller noch eine Befreiung von der Grunderwerbssteuer zu erreichen. Da Möllers Projekt schließlich noch mit einem unverzinslichen Kredit aus dem genannten Sonderfond unterstützt wurde, hatte dieser die Möglichkeit, konkrete Schritte für den Bau eines Studentenwohnheimes der Karlsruher Lebensversicherung in die Wege zu leiten.

Es entsprach Möllers Streben nach Perfektion, dass dieser zunächst eine Delegation mit dem Besuch von Studentenwohnheimen in Braunschweig, Hannover, Clausthal-Zellerfeld, Freiburg und München beauftragte, um sich über die Wohnverhältnisse und die Ansprüche von Studenten zu informieren. Flankierend erhob Möller Auswertungen über den finanziellen Spielraum von Studenten, um sowohl mit Blick auf die Ausstattung wie auch die Finanzierbarkeit einen zeitgemäßen Standard gewährleisten zu können. Gleichsam nebenbei setzte sich Möller noch für den Bau eines zweiten Studentenwohnheimes durch die Stadt Karlsruhe bzw. den von dieser beauftragten Verein „Studentenwerk e. V.“ ein. Innerlich stand Möller diesem Projekt doch ein gutes Stück weit distanziert gegenüber, da die Stadt Karlsruhe ein fast 1,5 Millionen teures Projekt mit einem Eigenkapital von nicht einmal 170.000 DM finanzieren wollte. Folglich war die Stadt Karlsruhe in erheblichem Maße auf Zuschüsse aus dem Landesjugendplan angewiesen, deren Bewilligung durch das Landesfinanzministerium Baden-Württemberg wiederum die Möglichkeit eröffnete, beim Bundesinnenministerium weitere Gelder aus den Mitteln des Bundesjugendplanes einzufordern. Hierbei war es das Verdienst Möllers, der trotz einer kritischen Bemerkung hinsichtlich des Finanzierungsmodells der Stadt Karlsruhe äußerst kurzfristig seine Kontakte zu Finanzminister Frank und Staatsrat Vowinkel im Finanzministerium nutzte und somit die Bereitstellung der Gelder aus dem Landesjugend- und mittelbar auch aus dem Bundesjugendplan ermöglichen konnte.

Fast zeitgleich konnten schließlich 1961 das Studentenwohnheim der Stadt Karlsruhe sowie das Studentenwohnheim der Karlsruher Lebensversicherung eingeweiht werden. Das von Möller initiierte Projekt umfasste dabei 120 Wohneinheiten mit einer Größe von jeweils 9 qm. Hinzu traten zwei Tutorenwohnungen sowie eine Hausmeisterwohnung. Entsprechend den Ergebnissen der von ihm durchgeführten Erhebungen verzichtete Möller auf die Schaffung größerer Gemeinschaftsräume, die freilich auch ein entsprechendes Mehr an Mitteln erfordert hätten. Nach Überzeugung Möllers sollten Studentenwohnheime in erster Linie eine Art „Studentenhotel“ darstellen, mit einer robusten und zugleich praktischen Einrichtung. Bei dieser ließ sich das Bett zugleich als Couch verwenden, zudem musste jedes der Zimmer – für die Studenten einer Technischen Hochschule eine wichtige Voraussetzung – über einen Zeichentisch verfügen. Raum zur Geselligkeit und zum gegenseitigen Kennen lernen sollten zwei Teeküchen bieten. Großer Wert wurde schließlich auf den Einzug ausländischer Studenten gelegt, offensichtlich hatte sich Möller diese Kritik der Badischen Volkszeitung besonders zu Herzen genommen. Ursprünglich

hatte Möller eine monatliche Miete von 60 – 70 DM angestrebt, doch konnte dieses Ziel schlussendlich nicht erreicht werden. Die monatlichen Unkosten beliefen sich für die Studenten auf 80 DM, nach zeitgenössischer Vorstellung der obere Rand des Vertretbaren – aber noch deutlich unter dem von der Badischen Volkszeitung angeprangerten gerade einmal 5qm großen Dachstuben, für die 100 DM bezahlt werden mussten. Es entsprach dem sozialen Selbstverständnis Möllers einem weiteren Ansteigen der Miete entgegenzutreten, weshalb sich die Karlsruher Lebensversicherung dazu bereit erklärte, während 10 Jahren einen Mietzuschuss von 10 DM pro Partei und Monat zu gewähren.

Insgesamt hat das Studentenwohnheim der Karlsruher Lebensversicherung in der Presse eine herausragende Bewertung erfahren, nicht nur die Sozialdemokratische Allgemeine Zeitung, sondern auch die überparteiliche regionale Presse wie das Durlacher Tagblatt oder die Rhein-Neckar-Zeitung, selbst das Handelsblatt berichteten in ausnehmend positiver Form. Allgemein war von einem neuen Wohnheimtyp die Rede, dem Vorbildfunktion für weitere Investitionen privater Bauträger in Studentenwohnheime zugesprochen wurde.

Gleichwohl musste Möller feststellen, dass die Erstellung und letztlich auch der Unterhalt des Wohnheims als wahrhaft soziale Tat angesehen werden konnten. Die ursprünglich angestrebte Rendite von 5% im Jahr konnte nicht erreicht werden, der Gewinn im ersten Jahr betrug gerade einmal 2,4 %, um in den folgenden zwei Jahren sogar auf etwas über 1% abzusinken. Der zeitweilig angestrebte Bau eines weiteren Studentenwohnheimes durch die KLV in Heilberg war angesichts einer derart niedrigen Rendite deren Gesellschaftern nicht mehr zu vermitteln, Möller musste sich fortan darauf konzentrieren, im Landtag allgemein für eine stärkere Förderung privater Investitionen in Studentenwohnheime seitens des Landes Baden-Württemberg zu werben.

### **3) „Neues Beginnen auf altem Kulturboden“ – Die Wiederbelebung der Schwetzingener Festspieltradition durch Alex Möller**

Um die Interessen seiner Heimatstadt Karlsruhe zu vertreten, hat Möller somit zuerst einmal in seiner Funktion als Vorsitzender des Finanzausschusses gewirkt, gleichzeitig kamen ihm dabei seine Kontakte wie die ihm als Generaldirektor eines privatwirtschaftlichen Unternehmens zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen zu Gute. Wie dargelegt, konnte er auf diese Art und Weise den Erhalt des Badischen Staatstheaters und der TH Karlsruhe sicherstellen und den Bau des Studentenwohnheims vorantreiben. Darüber hinaus verfügte Möller zudem in Wirtschaft und Gesellschaft durch die Mitgliedschaft in teilweise bis zu 16 Aufsichts- und Verwaltungsräten über maßgeblichen Einfluss, den er ebenfalls zu Gunsten Nordbadens einsetzen konnte. Ganz besonders war dies im Verwaltungsrat des Süddeutschen Rundfunks der Fall, dem Möller von 1951 bis 1969 ebenfalls vorstand und den er derart dominierte, dass von ihm als „heimlichen Intendanten des SDR“ gesprochen wurde: In diesem Sinne brachte er in der Verwaltungsratsitzung des Süddeutschen Rundfunks vom 18. August 1951 nachdrücklich seine Überzeugung zum Ausdruck, *„dass es vielleicht eine Aufgabe des Süddeutschen Rundfunks wäre, sich der leider nicht mehr bestehenden Festspiele in Schwetzingen anzunehmen und das Schwetzingener Theater nicht mehr unbenutzt stehen zu lassen, sondern mit Hilfe der Bühnen unseres Gebietes wieder Schwetzingener Festspiele zu organisieren, die nicht nur in diesem gesamten Raum ein lebhaftes Echo auslösen würden, sondern die darüber hinaus auch vom kulturellen und vom musikalischen Standpunkt aus jede Förderung verdienen“*. Ab dem Jahr 1952, so Möller weiter, sollte unbedingt unter dem Protektorat des Süddeutschen Rundfunks die Festspieltradition fortgesetzt werden bzw. wieder aufleben. Mit diesem grundsätzlichen Plädoyer hat Alex Möller die Grundlage für die bis heute bestehenden international renommierten Festspiele geschaffen. Innerhalb von 15 Jahren sollte diese letztlich ganz auf die Initiative Möllers zurückgehende Festspieltradition nicht nur regionale, sondern internationale Bedeutung erlangen: So konnte Möller knapp 14 Jahre später anlässlich der 15. Auflage mit Stolz feststellen, dass es dem Rundfunk durch die Ausrichtung der Schwetzingener Festspiele gelungen war, *„als Promotor und Vermittler von derartigen Veranstaltungen eine Wirkungsbreite zu erreichen, die ohne ihn kaum denkbar wäre“*. Dies konnte Möller vor allem mit Blick auf die zahlreichen Radioübertragungen belegen. Schon bei der fünften Auflage im Jahr 1956 waren *„immerhin bereits 44 Sendungen (der Schwetzingener Festspiele) in Deutschland und im europäischen Ausland zu verzeichnen. 1960 war die Zahl der Programmübernahmen auf mehr als 100 angestiegen, und von 1963 an verzeichnet die Statistik jährlich rund 150 Sendungen von den Schwetzingener Festspielen durch Stationen in allen fünf Erdteilen.“*

Den formalen Anlass für die Wiederbelebung der Schwetzingener Festspiele bildete 1951/52 der 200. Jahrestag der Erbauung des Schwetzingener Rokokotheaters durch Kurfürst Karl Theodor. Allzu schnell war das Schwetzingener Schlosstheater in den Jahren ab 1777/78 nach dem Umzug des pfalz-bayerischen Hofes nach München in einen Dornröschenschlaf verfallen. – Als sich Möller nun 1950 erstmals, zu diesem Zeitpunkt jedoch noch ohne Erfolg, für die Wiederbelebung der Schwetzingener Festspieltradition einsetzte, geschah dies freilich nicht ohne tagespolitische Intention. Bei seinem Werben für den Südweststaat hatte Möller, wie bereits gehört, immer wieder betont, dass dieser auch auf kulturellem und künstlerischem Gebiet viel größere Leistungen zukünftig hervorbringen könne als ein in drei Kleinstaaten zerrissener deutscher Südwesten, zugleich war sich Möller der Tatsache bewusst, dass der SDR von der Hörschaft in erster Linie als württembergischer Sender angesehen wurde. Es galt nun unter Beweis zu stellen, dass eine Sendeanstalt mit Sitz in Stuttgart dazu bereit war, auch in der nordbadischen Provinz Akzente zu setzen und hier einen aktiven Beitrag zur lokalen bzw. regionalen Kulturpflege zu leisten. Dies erschien umso notwendiger, da in Stuttgart bereits in den ersten Nachkriegsjahren eine ganze Reihe beachteter Musikveranstaltungen angesiedelt worden waren, so die „Woche der Unterhaltungsmusik“ (später unter dem Titel „Woche der leichten Musik“) und die „Tage zeitgenössischer Musik“. Möller beließ es jedoch nicht dabei, eine einmalige Anregung zur Durchführung der Festspiele im ehemaligen Sommersitz Kurfürst Karl Theodors zu geben, vielmehr steckte Möller in den Jahren 1951/52 einen Großteil seiner Energie in den Aufbau der Festspiele, genauso wie er noch über Jahrzehnte, bis unmittelbar vor seinem Tod, im Kuratorium der Schwetzingener Festspiele gewirkt hat.

Bei der Wiederbelebung der Schwetzingener Festspieltradition galt es vor allem zwei Probleme zu lösen: So musste einerseits ein Termin im Festspielkalender gefunden werden, während man sich andererseits über die künstlerische Ausgestaltung der Festspiele Gedanken machen musste. Zur Lösung beider Fragen hatte Möller sehr konkrete Vorstellungen, die er im Grunde genommen auch vollständig durchsetzte:

Terminlich hat Möller sich von Beginn an auf eine Festspielzeit zwischen Mitte Mai und Ende Juni festgelegt. Maßgeblich hierfür waren wiederum zwei Überlegungen: Einerseits wollte er die Festspiele in der Zeit der Fliederblüte stattfinden lassen, während andererseits Festspiel- und

Spargelsaison übereinander fallen sollten. Doch passte die von Möller anvisierte Planung keineswegs mit dem Terminkalender der beteiligten Schauspielhäuser zusammen. Nach den Vorstellungen Möllers sollte die Ausgestaltung des Festspielprogramms dezidiert regionalen Charakter haben. Dementsprechend sollten die Festspielaufführungen von den Staatstheatern in Karlsruhe und Stuttgart sowie von den Städtischen Bühnen in Mannheim und Heidelberg bestritten werden. Doch gerade von Seiten dieser Bühnen kamen terminliche Bedenken, die auch gegenüber dem Programmdirektor des SDR, Peter Kehm, der zunächst für die Organisation der Festspiele zuständig sein sollte, geltend gemacht wurden. Im Grunde war jedoch für die betreffenden Bühnen nicht Kehm, sondern Möller der Verhandlungspartner: So machte Möller Kehm dezidierte Vorschriften, dass er nicht nur mit den Intendanten, sondern auch mit den musikalischen Leitern der vier Bühnen zu verhandeln habe. – Und Möller duldet keinen Widerspruch. Die größten Bedenken hatte der Intendant des Mannheimer Nationaltheaters, Dr. Wolff, der mehrfach betonte, terminlich sei das Nationaltheater zwischen Mitte Mai und Ende Juni ausgebucht. Dem hat Möller nur entgegengehalten: *„Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich das (Engagement der Mannheimer Bühne) nicht realisieren lässt. Ich würde auch gerne bereit sein, Herrn Oberbürgermeister Dr. Heimerich zu schreiben, dass es ein sehr eigenartiges Verhalten des Nationaltheaters Mannheim wäre, sich etwa nicht zu beteiligen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das nicht ginge.“* Andernfalls, so Möller noch deutlicher, würde das in Mannheim sehr üble Konsequenzen für den Intendanten haben, wenn er seine Beteiligung nicht sicherstellte. Angesichts solcher Drohungen konnte Möller neuerlich seinen Willen durchsetzen: Wie von ihm gewünscht, wurde als Termin für die Schwetzingen Festspiele des Jahres 1952 die Zeit zwischen dem 24. Mai und dem 1. Juni festgelegt.

Nunmehr galt es die Frage der programmatischen Ausgestaltung zu klären. Hier griff Möller einen Vorschlag aus Heidelberg auf und legte sich bereits früh darauf fest, dass vier Opern von Johann Willibald Gluck geboten werden sollten. – Doch auch dieser Vorschlag Möllers war keineswegs unumstritten: Seitens des Musikausschusses des Süddeutschen Rundfunks wurde zwischenzeitlich der Gedanke ins Spiel gebracht, eine Reihe von Aufführungen unter dem Motto *„modernes Musiktheater“* zu geben, wobei *„das antike Motiv in der modernen Oper“*, im Vordergrund stehen sollte. Letzterer Gedanke wurde von Möller in einem Schreiben an den Intendanten jedoch scharf abgelehnt: Einerseits verwies Möller darauf, dass bereits in Stuttgart die *„Wochen für moderne Musik“* vom Süddeutschen Rundfunk veranstaltet wurden, das gleiche nochmals in Schwetzingen

durchzuführen, hätte sicherlich eine unnötige Dopplung in der Programmgestaltung bzw. der Kulturförderung des SDR bedeutet. Auch wollte Möller keineswegs zu Unrecht wissen, dass Veranstaltungen zur klassischen Musik beim Publikum mehr Eingang finden würden, als zur modernen. Mit großer Befriedigung konnte Möller feststellen, dass auch in diesem Fall Programmdirektor Kehm seiner Argumentation folgte, indem er vor dem Verwaltungsrat des SDR betonte, man dürfe nicht zu einseitig zeitgenössische Musik fördern, genauso wie er darauf hinwies, dass es leichter sei, die Aufführungsrechte für klassische Werke zu erhalten. Damit waren die Diskussionen um die Programmgestaltung immer noch nicht abgeebbt, nunmehr meldeten sich andere Mitglieder des Verwaltungsrates zu Wort. Der Schwetzingener Landrat und Landtagsabgeordnete Valentin Gaa forderte beispielsweise, man müsse unbedingt eine Mozartoper spielen, um in jedem Fall den Publikumsgeschmack zu treffen. Andere Mitglieder wollten auch die Neubearbeitung einer Monteverdioper ins Programm aufnehmen und die gesamte Veranstaltung unter dem Motto „*Europäische Barockmusik*“ durchführen. Auch hier hat Möller nachdrücklich widersprochen, für ihn musste es darum gehen, den Schwetzingener Festspielen ein ganz eigenes Gepräge zu geben. Mozart sei zu sehr mit Salzburg verbunden – Gluckfestspiele dagegen gebe es noch nirgends und genau dieser Komponist sollte, zumindest im ersten Jahr, im Zentrum der Schwetzingener Festspiele stehen. Mit den großen Festspielorten wie Salzburg könne man sich in Schwetzingen ohnehin nicht messen. Man müsse einen betont regionalen Rahmen schaffen und sich durch die Auswahl eines anderen Komponisten von anderen Spielorten absetzen.

Tatsächlich sollte bei einer Besprechung der ersten Schwetzingener Festspiele von einem Kritiker lobend hervorgehoben werden, dass Schwetzingen gleichsam Gluck wieder entdeckt habe und dass man ernsthaft überlegen solle, ob man nicht dauerhaft Gluckfestspiele in Schwetzingen etablieren solle.

Neben Terminierungen und künstlerischer Ausgestaltung hat Möller natürlich auch die Finanzierung der Schwetzingener Festspiele nicht aus dem Auge verloren. In Übereinstimmung mit Intendant Eberhard und Programmdirektor Kehm wurde zunächst ein Etat von 100.000 DM ins Auge gefasst – dieser sollte sich bereits nach zwei Jahren auf 150.000 DM steigern. Dabei sollten keine Missverständnisse aufkommen: Die einzelnen Bühnen sollten für ihre Aufführungen nicht etwa, wie vom Mannheimer Intendanten erhofft, 25.000 DM erhalten, sondern jeweils nur 15.000 DM, die restlichen 40.000 DM waren für Fragen der Organisation notwendig. Die Finanzierung

war relativ leicht, da mit dem Aufkommen der Rundfunkwerbung in den Anfangsjahren verhältnismäßig umfangreiche Mittel zur Verfügung standen. Dementsprechend wollte Möller die Kartenpreise moderat halten, die günstigsten Tickets sollten bereits ab fünf DM erhältlich sein.

Die Festspiele des Jahres 1952 brachten den gewünschten Erfolg, die Verluste waren gering genug, so dass an eine dauerhafte Institutionalisierung der Schwetzingener Festspiele gedacht werden konnte. Dabei wurden nunmehr doch eine Reihe von Veränderungen vorgenommen: Zukünftig sollten die Schwetzingener Festspiele nicht mehr von vier, sondern von zwei Bühnen gestaltet werden. Eine Bühne sollte das regionale Element repräsentieren, während gleichzeitig eine auswärtige Bühne verpflichtet werden sollte. Für 1953 wurde dabei das Bayerische Staatstheater ins Auge gefasst, das Cosí van tutte geben sollte. Sehr zur Verärgerung Möllers musste das Bayerische Staatstheater jedoch verhältnismäßig kurzfristig aufgrund eines zeitgleichen Engagements in Irland absagen, womit die Festspiele 1953 grundsätzlich in Frage gestellt worden waren. Programmdirektor Kehm versuchte zu beschwichtigen, man könne ja überlegen, die Festspiele im zweijährigen Rhythmus stattfinden zu lassen, ein Vorschlag, der für Möller in keiner Weise diskutabel war. Entsprechend scharf fiel die Antwort an Kehm aus, während zugleich Möller dafür sorgte, dass das Badische Staatstheater kurzfristig einspringen konnte und, wie von Möller gewünscht, 1953 Cosí van tutte gegeben wurde.

Die Jahre 1953/54 führten auf Wunsch Möllers zu einer weiteren Professionalisierung der Organisation der Schwetzingener Festspiele: Nunmehr kam es zur Gründung der Schwetzingener Festspiel GmbH, gleichzeitig wurde durch einen Vertrag zwischen der GmbH und dem Süddeutschen Rundfunk die wirtschaftliche Grundlage für die weitere Durchführung der Schwetzingener Festspiele geschaffen. Für die künstlerischen Belange war schließlich ein eigens geschaffenes Kuratorium zuständig, dem Möller bis zu seinem Tod 1985 angehören sollte, zudem trug er Sorge dafür, dass mit Willy Hellpach und Florian Waldeck weitere bekannte Persönlichkeiten der Region in dieses Gremium gewählt wurden.

Über die Zusammensetzung des Kuratoriums hinaus hat sich Möller übrigens intensiv und erfolgreich darum bemüht, möglichst prominente Ehrengäste für die Schwetzingener Festspiele zu gewinnen. Bereits bei der Premiere 1952 wurde Bundespräsident Theodor Heuss mit Vertretern

des diplomatischen Korps eingeladen. Für das Jahr 1954 hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer sein Kommen zugesagt.

Mit der Gründung der Schwetzingen Festspiel GmbH wurde auch gleich im größeren Rahmen geplant, wie aus den Programmvorschlägen für das Jahr 1954 deutlich wird. So sollten neben dem Nationaltheater Mannheim u. a. die „English Opera Group“ aus London sowie das Schauspielhaus Zürich verpflichtet werden. Zudem wurde ein Vertrag mit der Wiener Staatsoper erwogen. Auch tauchte 1953 erstmals der Gedanke auf, ein Pariser Ballett für das kommende Jahr zu verpflichten. Ab 1955 wollte man die Aufführung unter ein bestimmtes Rahmenthema stellen. Hierbei bot sich für 1955 das Schillerjahr an, 1956 sollte anlässlich seines 200ten Geburtstages Wolfgang Amadeus Mozart gedacht werden.

Es spricht für den perfekten Organisator Alex Möller, dass dieser auch noch ein Rahmenprogramm schaffen wollte: Für die Zeit der Festspiele wollte Möller 1955 eine Ausstellung historischer Musikinstrumente organisieren lassen. Gezeigt werden sollten hier u. a. ein Flügel von Johann Sebastian Bach sowie Musikinstrumente aus dem Bestand des Fürstenhauses Hohenlohe. Um schließlich auch noch die junge Generation einzubinden, wünschte Möller, dass die jeweils besten Studenten der Musikhochschulen des Landes zum Besuch der Ausstellung bzw. Festspiele eingeladen werden sollten.

Ab der Mitte der fünfziger Jahre hatte eine zunehmende Professionalisierung der Strukturen für die Organisation der Schwetzingen Festspiele stattgefunden. Freilich gab es 1954 nochmals einen Rückschlag, als die Aufführung des „Idomeneo“ sowohl beim Publikum als auch bei den Kritikern durchfiel. Hieraus zog man seitens des SDR Konsequenzen: Zukünftig wurde bei der Verpflichtung der jeweiligen Bühnen keinerlei regionale oder lokale Rücksicht mehr genommen. Im Jahr 1956 wurde mit Carlo Goldonis Komödie „Die schlaue Witwe“ erstmals eine Oper aus dem Programm der Schwetzingen Festspiele im Fernsehen übertragen. Im darauf folgenden Jahr wurde Werner Egks „Der Revisor“ ebenfalls ins Fernsehprogramm des SDR übernommen – bei diesem Stück handelte es sich sogar um eine Uraufführung: Egk hatte die Oper im Auftrag des Süddeutschen Rundfunks komponiert. Die Übertragung fiel auf den 28. Mai 1957: „*Man denke sich: Eine moderne und noch nie gehörte Oper live um 20.00 Uhr, zur besten Sendezeit, das*

*einziges Programm dieses Abends im einzigen Fernsehprogramm, das es damals in Deutschland überhaupt gab!“*

### **Bilanz – Alex Möller Sachwalter Nordbadens im Stuttgarter Landtag**

Zieht man Bilanz des Eintretens Möllers für die Belange der Stadt Karlsruhe, Nordbadens und damit verbunden für die Anliegen von Kunst, Kultur und Wissenschaft, so lässt sich festhalten: Die Gründung des Landes Württemberg-Baden und schließlich des Südweststaates bedeutete einen schweren Schlag für die Stadt Karlsruhe, die seit ihrem Bestehen die Funktion einer Haupt- und Residenzstadt besessen hatte. Nunmehr drohte der Verlust von Arbeitsplätzen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, bei gleichzeitigem Fehlen industrieller Strukturen. Im Rahmen der Südweststaatskämpfe kam es schließlich zu einer massiven Gefühlsaufwallung, wobei das Bild der Zukunft Badens wie auch Karlsruhes in den dunkelsten Farben gemalt wurde. Der badische Landesteil, so die Darstellung von Möllers gegenüber, Friedrich Werber, werde im Südweststaat *„ein Dasein als marginalisiertes Anhängsel eines von Raffsucht, Machtgier und protestantischer Arbeitsethik angetriebenen allmächtigen württembergischen Nachbarn“* führen. Die Badner müssten hierbei ein Leben als *„eine Art benachteiligte Heloten und arglose Zahlmeister ohne adäquate Partizipationschancen“* führen.

Genau einer solchen Darstellung ist Möller mit großem Nachdruck entgegengetreten, indem er vielmehr die wirtschaftliche Notwendigkeit, ja die Vorteile eines Länderzusammenschlusses betont hat. Diese These galt es nunmehr in der Wirklichkeit unter Beweis zu stellen, womit Möller notwendigerweise zu einem konsequenten Verfechter nordbadischer, speziell Karlsruher, Belange werden sollte. In diesem Sinne hat Möller sich für die Stadtverwaltung Karlsruhe bei ihrem Bestreben, den Charakter als Behördenstadt weiter auszubauen, eingesetzt, vor allem aber galt seine besondere Aufmerksamkeit der Förderung der Belange von Kunst und Kultur. Gerade hier galt es, in Zeiten des Wiederaufbaus die Anliegen genau dieser Sparte nicht zu vernachlässigen und eine Antwort auf die von den Badischen Neuesten Nachrichten gestellte Frage *„Wer fördert in Baden die Belange von Kunst und Kultur?“* zu finden. Möller hat auf diese Frage eine klare Antwort gegeben, indem er nicht nur mit Nachdruck im Landtag die Interessen des Badischen

Landestheaters wie auch der TH Karlsruhe artikuliert, sondern zudem selbst ein breites Mäzenatentum entfaltet hat. Dabei kam der Doppelfunktion Möllers als einflussreicher Parlamentarier einerseits sowie als Leiter eines Großkonzerns andererseits eine Schlüsselstellung zu – hatte er doch stets die Möglichkeit, selbst als Sponsor einzuspringen und Verbindungen zu anderen Unternehmungen als weiteren potentiellen Geldgebern herzustellen. Als Generaldirektor der Karlsruher Lebensversicherung hat Möller zudem durch den Bau des deutschlandweit ersten privatwirtschaftlich finanzierten Studentenwohnheimes der Karlsruher Lebensversicherung unter Beweis gestellt, dass die von ihm stets wiederholte soziale Verpflichtung seines Unternehmers keine leere Phrase war. Es spricht schließlich für die Aufmerksamkeit und das feine politische Gespür Möllers, dass er auf Probleme der studentischen Wohnungsnot nicht erst persönlich hingewiesen werden musste, sondern diese vielmehr von sich aus aufgegriffen hat. Durch die Wiederbelebung der Schwetzingen Festspiele hat Möller zudem einen weiteren wichtigen Schritt zur Stärkung des Kulturstandortes Nordbaden getan, gleichzeitig rückte damit bereits die Region Heidelberg in den Blickpunkt Möllers, in der dieser von 1961-76 als Wahlkreisabgeordneter wirken sollte. Auch hier sollte er sich nicht in einer kleinteiligen unspektakulären Wahlkreisarbeit erschöpfen, sondern durch seinen wesentlichen Einfluss auf die Ansiedlung des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg und den Bau des Hockenheim Motodroms hinwirken und hierdurch wichtige Akzente zur Stärkung regionaler Strukturen setzen.

## **DISKUSSION**

*Prof. Krimm:* Vielen Dank Herr Kitzing, für eine Erfolgsbilanz. Jede Erfolgsbilanz ruft natürlich kritische Fragen hervor. Die lasse ich aber das Publikum stellen, wobei ich besonders dankbar bin, dass Sie, Herr Prof. Seiler, und Sie, Herr Abgeordneter Stober, heute gekommen sind, das sind wunderbare Diskussionsteilnehmer. Es kann ja nicht nur um die Aufzählung von Erfolgen gehen, sondern es wird immer auch nach den Verhältnissen zu fragen sein, in denen diese Geschichte spielt: sich durchzusetzen, überhaupt Politik zu „machen“, musste neu gelernt werden. Das gilt auch noch für die Zeit nach der Südweststaats-Abstimmung: wie ging man mit den vorhandenen Fakten um?

*Prof. Seiler:* Ich habe keine grundlegenden Änderungen oder Anmerkungen zu Ihrem Vortrag, nur Episodisches, das ich selbst erlebt habe. An der Technischen Universität Karlsruhe hatte Alex

Möller 1955 eine Preisarbeit der Alex-Möller-Stiftung ausgeschrieben. Es ging um die Struktur der Lebensversicherungen seit der Währungsreform, und ein gewisser Student, Gerhard Seiler, bemühte sich darum und gewann den ersten Preis. Möller bat mich dann zwei Tage später, nachdem das bei der Jahresfeier der Universität im damaligen Konzerthaus verkündet worden war, ich solle doch um zwölf Uhr am Montagvormittag zu ihm kommen. Ich bin um 11:01 Uhr hineinmarschiert, er hat mir erzählt, dass es ja ganz toll sei, was ich da geschrieben hätte – aber er bräuchte einen Assistenten für den Landtag, der die badische Seite und die Karlsruher Seite kennt. Und so hätte er mich jetzt kennengelernt, ich sei doch der richtige Mann. Nun hat er mich engagiert, ich hatte aber noch kein Examen, die Arbeit wurde als Diplomarbeit anerkannt und erst drei Monate später war das Diplom-Examen. Ich musste ihm dann sagen: „Herr Generaldirektor, es tut mir leid, ich möchte erst mein Examen machen.“ Darum war er mir nicht gram, wir hatten viele Jahre hindurch ein gutes Verhältnis. Jetzt kommt der zweite Teil: Ich wurde 1968 Stadtkämmerer und war Finanzvertrauter, ein junger Mann, bei Günther Klotz, dem Oberbürgermeister. Damit war ich Vermittler und Diplomat zwischen diesen beiden. Zwischen Möller und Klotz klappte es überhaupt nicht, offensichtlich seit 1961. Jedenfalls musste ich mehrfach mit Bitten zu Alex Möller gehen, und Möller hat mir dann wieder Bitten aufgetragen für den Oberbürgermeister Klotz. Beide haben in der Zeit, in der ich tätig war, nicht miteinander gesprochen. Das war 1968, da war Möller schon nicht mehr in Karlsruhe Abgeordneter. Schließlich, weniger wichtig: Anno 1980 wurde ich Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg, kam in den Finanzausschuss und habe da Alex Möller noch posthum erlebt. Dieser Ausschuss hat immer pünktlich um 14:00 Uhr freitags getagt. Auf meine Nachfrage, warum sich alle anderen Ausschüsse noch eine Viertelstunde Zeit lassen, nach dem Mittagessen, haben mir die Alten erzählt, Möller habe 14:00 mit dem Aufruf der Tagesordnung angefangen: „Tagesordnungspunkt 1: Keine Einwendungen – Tagesordnungspunkt 2: Keine Einwendungen – so ging das bis zum Tagesordnungspunkt 7, dann kamen sie hereingeströmt, wollten Tagesordnungspunkt 1 besprechen, worauf er sagte: „Nein. Kommen sie nächstes Mal früher! Tagesordnungspunkt 8!“ Seitdem hat der Finanzausschuss des Landtags pünktlich angefangen. – Persönlich habe ich immer gut mit ihm gekonnt.

Prof. Krimm: Darf ich an dieser Stelle eine Frage als Laie einschieben? Wie war die Stellung Möllers zum Wiederaufbau der zerstörten Städte, von Karlsruhe? Abriss oder Wiederaufbau waren

immer Streitfragen. Hat er sich dazu geäußert? Oder war das zu früh? Waren die großen Wiederaufbaudiskussionen erst nach seiner Zeit?

Herr Kitzing: Ich habe keinerlei Äußerungen Möllers dazu gefunden, mit denen er sich in stadtplanerische Fragen konkret eingemischt oder Vorschläge artikuliert hätte. Die Diskussion ging wohl an ihm vorbei.

Prof. Krimm: Ich versuche mir die Situation im Landtag nach 1952 vorzustellen. Wie muss man sich diese Diskussionen denken? Traten die Abgeordneten als Lobbyisten ihrer Herkunftswahlkreise auf? Mussten sie nicht vielmehr eine Diskussion führen, die um Strukturfragen des ganzen, neuen Landes ging? Bei der dann in der Auseinandersetzung zwischen Zentralismus und dezentralen Investitionen natürlich auch der eigene Wahlkreis zur Sprache kommen mochte – aber zunächst konnte es doch nur um Landespolitik gehen, nicht um Karlsruher Bedürfnisse?

Herr Kitzing: Mir ist aufgefallen – nicht nur mit Blick auf Alex Möller – , dass gerade badische Abgeordnete sehr dezidiert als Vertreter ihres Wahlkreises, ihrer konkreten Heimatregion auftraten. Ich habe mich u.a. mit Hermann Schneider beschäftigt, dem Konstanzer Bürgermeister; wenn Sie dessen Redebeiträge lesen, ist es ähnlich wie für Möller mit Karlsruhe, da gibt es nur Konstanz und die Bodenseeregion. Ein noch stärkeres Beispiel ist der zeitweilige Stellvertreter Möllers im Finanzausschuss, Hermann Person, der als badischer Vorkämpfer wirklich nur badische Interessen vertrat. Der Gedanke, das ganze Land nach vorne zu bringen, trat da deutlich in den Hintergrund. Ein letztes Beispiel wäre der Finanzminister der Jahre 1960/66, Hermann Müller, vorher Landrat in Schwäbisch Hall. Auch da spielten die Belange des Hohenloher Landes die entscheidende Rolle, da ging es um den Autobahnanschluss nach Würzburg usw. Es fällt tatsächlich auf, wie nachdrücklich in erster Linie Wahlkreisinteressen nicht nur von Möller, sondern auch von vielen anderen, zum Teil sehr prominenten Abgeordneten vertreten wurden.

Herr Stober: Als Nach-Nach-Nach-...folger von Alex Möller als Karlsruher Landtagsabgeordneter bin ich zwar nicht Vorsitzender des Finanzausschusses, aber doch Mitglied: Es freut mich, jetzt zu verstehen, warum wir als Finanzausschuss immer pünktlich um 14:00 Uhr anfangen. Die Aufgaben heute sind letzten Endes Andere. Das, was damals aufgebaut wurde, ist oft noch zu verteidigen (wenn z.B. Zentralisierungsdiskussionen das Naturkundemuseum berühren). Trotzdem sind wir natürlich in einer ganz anderen Situation. Mich würde aber

interessieren, wie stark damals die Rolle der Abgeordneten der Legislative gegenüber der Exekutive war. Wir Abgeordneten finden uns immer wieder in sehr komplexen Situationen. Die Ministerien haben viel mehr Mitarbeiter als die Abgeordneten, vieles kommt sozusagen „von Oben“, von der Exekutive. Gewiss kann man vorher Einfluss nehmen. Man wird aber mit Paketen konfrontiert und wenn man dann noch was für den Wahlkreis herausholen will, ist es ein schwieriger Prozess. Ihr Vortrag hinterließ bei mir den Eindruck, die Rolle der Abgeordneten und damit der Legislative sei eine Stärkere gewesen als heute. Ihre Beispiele hatten mit Konstanz, mit Hohenlohe und Karlsruhe zu tun – als Themen einer Partei oder als Anliegen eines parteiübergreifenden regionalen Bündnisses? Zeitweise gab es ja auch Einparteienregierungen.

*Herr Kitzing:* Damit sprechen Sie ein sehr interessantes Thema an. Alex Möller hat Wert draufgelegt, dass die Initiative nicht bei der Regierung, sondern in allererster Linie beim Landtag liegen sollte: jeder ein heimlicher Ministerpräsident, ein Regieren aus dem Landtag heraus. Ihm war auch wichtig, dass auch Gesetzesvorlagen nicht von der Regierung kommen, sondern in erster Linie aus dem Plenum des Hauses. Dabei kam Alex Möller natürlich zu Gute, dass er ein Standing, ein Level besaß, das haushoch über dem vieler andere Abgeordneter angesiedelt war. Mit der Karlsruher Lebensversicherung hatte er Background, er hatte bewährte Mitarbeiter, auf die er zurückgreifen konnte, die für ihn Korrespondenzen führten, die für ihn Gutachten erstellten – damit hatte er einen Mitarbeiterstab wie vielleicht mancher Minister. Das ermöglichte ihm eine starke Rolle im Parlament. Gleich in seiner ersten Erwiderung auf Gebhardt Müllers Regierungserklärung sagte er: „Ich und meine Fraktion, wir sind keine Nickemänner!“ Er betonte, dass die Parlamentarier die eigentlichen Gestalter seien. Eine interessante staatsrechtliche Diskussion mit Gebhardt Müller ging um die Frage, wie der Vertreter im Bundesrat instruiert wird. Für Gebhardt Müller war das Aufgabe der Regierung, für Möller Zuständigkeit des Parlaments. Gebhardt Müller empörte sich darüber, dass die Regierung zum vollziehenden Ausschuss des Parlaments gemacht werden sollte, ohne eigenes Gewicht. Das Thema trifft das Selbstverständnis von Möller an einer zentralen Stelle.

Bei der Vertretung regionaler Interessen hat man durchaus parteiübergreifend gearbeitet. Gerade mit Friedrich Werber hier in Karlsruhe gab es in den Südweststaatskämpfen ja scharfe Auseinandersetzungen; Werber hat sich dann „bekehrt“ und als Staatsrat bei der Integration des nordbadischen Landesteils mitgewirkt, was ihm viel Anfeindung seitens der Altbadener

eingebraeht hat. Bei der Artikulation badischer Belange haben Werber und Möller aber an einem Strang gezogen.